

REMS-MURR-KREIS

Niederschrift

über die Sitzung des

Kreistags am 14. Dezember 2009

in der Gemeindehalle in Leutenbach-Weiler zum Stein

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Fuchs

81 Kreisrätinnen und Kreisräte: Blümle (bis 16:30 Uhr), Haußmann (ab 15:20 Uhr),
Kiesl (bis 16:40 Uhr), Lenk (bis 16:20 Uhr),
Rathgeb (ab 14:45 Uhr), Prof. Weller (bis 16:05 Uhr),
Wilhelm (bis 16:20 Uhr)

Entschuldigt: Fazio, Hug, Mast, Wersch, A. Ulrich

Ferner: Erster Landesbeamter Friedrich
Kreiskämmerer Karsten
Dezernent Bauer
Sozialdezernentin Dr. Längle-Sanmartin
Regierungsdirektor Hagmann
Geschäftsführer Winter, Rems-Murr-Kliniken
Geschäftsführer Braune, Kreisbaugesellschaft

Leitende Beamte und Angestellte des Landkreises

Gäste

Presse

Der Schriftführer: Kreisamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:30 Uhr Beginn der nichtöffentlichen Sitzung: 16:20 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 16:15 Uhr Ende der nichtöffentlichen Sitzung: 17.10 Uhr

Öffentlich

Öffentlich

§ 1

- a) Verabschiedung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2010
(Drucksachen 99/2009-KT19.10.09, 100/2009-KT19.10.09, 101/2009-KT19.10.09; 130/2009-UVA30.11.09, und 134/2009-VSKA07.12.09)
- b) Verabschiedung des Haushaltsplans der Rems-Murr-Stiftung für das Jahr 2010
(Drucksachen 139/2009 und 139a/2009)

Landrat Fuchs legt zu den Beratungen des Haushalts 2010 folgendes dar:

„Sehr geehrte Kreisrätinnen, sehr geehrte Kreisräte,
liebe Gäste,

wir haben einen Beratungsmarathon hinter uns, und heute kommt es zum Schwur. Die Beratungen des 1. doppischen Haushaltsentwurfs 2010 in den Fachausschüssen sind in sachlicher Atmosphäre verlaufen; dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken.

Vor dem Hintergrund schwieriger werdender Finanzverhältnisse wurden die anstehenden Sachthemen verantwortungsbewusst abgewogen und entschieden. Trotz enger Finanzen bestand und besteht Einigkeit, wichtige Themen im Sozial- und Jugendbereich qualifiziert auszubauen. Ich denke u.a. an die Verstärkung der Schulsozialarbeit, Verbesserungen bei der Tagespflege und schließlich ein verbilligtes Mittagessen für bedürftige Schüler an unseren Sonderschulen.

Es war Konsens aller Fraktionen, bereits im Jahr 2010 in die Finanzierung dieses Neubaus der Mensa am Beruflichen Schulzentrum Waiblingen einzusteigen. Einvernehmen besteht auch darin, in die energetische Sanierung von Gebäuden mehr zu investieren.

Doch damit sind die Gemeinsamkeiten jedoch weitgehend erschöpft. Während SPD und Grüne den Verwaltungsvorschlag unterstützen, den Kreisumlage-Hebesatz auf 36 v.H. festzusetzen, streben die anderen Fraktionen eine Verringerung auf 35,5 v.H. an. Die fehlenden Mittel sollen im Ergebnishaushalt durch globale Minderausgaben von 1,5 Mio. Euro und eine Erhöhung der Grunderwerbssteuer von 1,5 Mio.. Euro erbracht werden.

Wir sind darüber – offen gestanden - nicht glücklich, weil hierin ein erhebliches Risikopotential steckt. Ob beispielsweise nächstes Jahr mehr an Grunderwerbssteuer eingeht als 2009 muss bezweifelt werden. Das Risiko veranschlage ich mit mindestens 1 Mio. Euro.

Ähnlich sieht es bei den globalen Minderausgaben aus. Insbesondere die gewollten neuen Stellen im Bereich Jugend und Soziales und die erwartete Tariferhöhung bedingen einen unumgänglichen Anstieg der Personalkosten. Die beabsichtigte globale Kürzung kann deshalb nur eingehalten werden, wenn die Stellenneubesetzungen weitgehend hinausgeschoben werden.

Die zusätzlich beantragten Investitionsmaßnahmen sehe ich mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Mir ist unser beachtlicher ‚Sanierungsrückstau‘ bei den Immobilien bewusst. Investitionen zum Abbau sind wichtig und richtig, tragen sie doch auch zur Sicherung von Arbeitsplätzen bei und bringen den Nebeneffekt energetischer Vorteile. Wir tun damit etwas für unsere Umwelt und schonen langfristig den Geldbeutel des Kreises. Aber dennoch tut es weh, wenn dadurch der Schuldenstand des Kreises weiter anwächst.

Zu den vorliegenden Anträgen ist zu sagen, dass der interfraktionelle Antrag von CDU, FDP/FW und Freie Wähler im Hinblick auf die gewollte Senkung des Kreisumlage-Hebesatzes mit 35,5 der Weitergehendste ist. Das Antragspaket ist auch unter Einbeziehung der zwischenzeitlich eingetretenen Veränderungen von 386.000 Euro ausgeglichen.

Die Anträge der Grünen sind bis auf die besagten Änderungen von 386.000 Euro ausgeglichen, während sich beim SPD-Antrag eine Deckungslücke von 2.026.000 Euro ergibt.

Zu den Anträgen der Fraktionen und deren finanziellen Auswirkungen möchte ich auf die Seiten 5 und 6 von Drucksache 139/2009 verweisen.

Damit darf ich nun den Rednern der Kreistagsfraktionen das Wort erteilen.“

Kreisrat Dr. Nopper sagt für die CDU-Fraktion zum Kreishaushalt 2010:

„Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

in der Weihnachtsgeschichte sind Engel von herausragender Bedeutung. Im Lukas-Evangelium überbringt der Erzengel Gabriel Maria die frohe Botschaft, dass sie Gottes Sohn gebären wird. Und im Matthäus-Evangelium sieht Josef immer dann im Traum einen Engel, wenn wichtige Entscheidungen anstehen. Auch bei den vorweihnachtlichen Haushaltsberatungen des Rems-Murr-Kreistages stehen wichtige Entscheidungen an, die im besten Fall durch Engel, anderenfalls

durch Kreisräte getroffen werden müssen. Frohe Botschaften sind uns in den laufenden Haushaltsberatungen weder vom Erzengel Gabriel noch vom Landrat übermittelt worden. Zugegebenermaßen handelt es sich weder beim Haushaltsredner der CDU-Kreistagsfraktion noch bei der Mehrzahl der Kreisräte von CDU, FDP-FW und Freien Wählern um Weihnachtsengel, um Haushaltsengel oder gar um Engel mit Heiligenschein, aber immerhin präsentieren diese drei Fraktionen einen vorweihnachtlichen 7-Punkte-Konsens. Einen 7-Punkte-Konsens, der uns zwar nicht in den siebten Haushaltshimmel bringt, der uns diesem aber wenigstens ein ganz kleines bisschen näher bringt.

Der Kreisumlagehebesatz soll erstens in Abweichung vom Verwaltungsvorschlag um 0,5 Prozentpunkte auf 35,5 Punkte abgesenkt werden. 35,5 Punkte sind nach unserer Auffassung ein Hebesatz von Maß und Mitte. Wir halten dies nicht nur für einen guten Beitrag zum Weihnachtsfrieden zwischen Kommunen und Kreis, sondern auch für einen sachgerechten Interessenausgleich zwischen den Gebietskörperschaften. Zweitens sollen entgegen dem Verwaltungsvorschlag für den Neubau der Mensa im Beruflichen Schulzentrum in Waiblingen 1,0 Mio.. Euro eingestellt werden. Drittens soll es im Rems-Murr-Kreis keinen Stopp beim Energiesparen und beim Klimaschutz geben. Deswegen werden für energetische Gebäudesanierungen 2,0 Mio.. Euro angesetzt. Diese ersten drei Konsenspunkte belasten den Haushalt mit 5,29 Mio.. Euro. Unter Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Haushaltsverschlechterungen sind dies 5,68 Mio.. Euro. Auf Antrag und auf Initiative der CDU-Kreistagsfraktion waren bereits im Verlauf der Haushaltsberatungen 235.000 Euro zur Förderung der kommunalen Schulsozialarbeit und 216.000 Euro zur Erhöhung der Vergütungen von Tageseltern in den Haushalt 2010 aufgenommen worden.

Diese Mehrbelastungen des Kreishaushalts sollen viertens ausgeglichen werden durch eine Anhebung des Ansatzes für die Grunderwerbssteuer um 1,5 Mio.. Euro. Als fünften Konsenspunkt sollen die Personalkosten um eine globale Minderausgabe in Höhe von 1,2 Mio.. Euro sowie sechstens der sächliche Verwaltungsaufwand um eine globale Minderausgabe in Höhe von 0,3 Mio.. Euro reduziert werden. Dies führt siebtens zu einer Erhöhung der Neuverschuldung um weitere rund 2,6 Mio. Euro.

Dieser 7-Punkte-Kanon ist geprägt durch den Grundsatz der Fairness und des Teilens, durch eine Stärkung einer wichtigen Bildungseinrichtung des Landkreises in Waiblingen, durch Taten, wenn auch kleine Taten, beim Energiesparen und beim Klimaschutz. Bei den Deckungsvorschlägen ist der 7-Punkte-Konsens geprägt von Realitätssinn und vergleichsweise sanftem Druck auf die Verwaltung via globale Minderausgaben. Ich möchte in diesem Zusammenhang einen Lobgesang auf die globalen Minderausgaben anstimmen. Sie sind ein bewährtes und höchst erfolgreiches Instrument der Haushaltspolitik in vielen kommunalen Gremien, welche eine Diskreditie-

rung nicht verdient haben. In aller Regel hat nur die Verwaltung das Herrschaftswissen um Detailsparvorschläge zu machen, dem Kreistag verbleibt dann allein die globale Minderausgabe als Steuerungsmittel. Auch eine weitere Neuverschuldung ist Inhalt des 7-Punkte-Konsenses. Dies schmerzt zwar, aber sie ist im Gesamtgefüge gerade noch vertretbar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der 7-Punkte-Konsens von CDU, FDP-FW und Freien Wählern, die für den Haushalt 2010 eine Entente cordiale an Rems und Murr gebildet haben, taugt zwar nicht als frohe Weihnachtsbotschaft und er ist auch kein Weihnachtswunder. Aber immerhin ist er aus unserer Sicht der bestmögliche Ansatz in schwieriger Zeit, um dessen Unterstützung durch alle Kreisräte ich hiermit werbe. Herzlichen Dank“

Kreisrat Kaufmann erklärt für die SPD-Fraktion:

„Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

die seitens der SPD-Fraktion eingebrachten Anträge im Bereich der Schulen, wie z.B. die Anschubfinanzierung von 1 Mio.. Euro für die Mensa am Berufsschulzentrum Waiblingen als auch in den Bereichen der energetischen Sanierungen in den Berufsschulzentren Schmiden, Backnang und Waiblingen und des Brandschutzes werden wahrscheinlich heute mehrheitlich beschlossen. Der Kreistag gibt damit ein wesentliches Signal, die Schwerpunkte des Landkreises im Haushaltsjahr 2010 auf die sozialen, energetischen und sicherheitsrelevanten Aufgaben zu legen.

Unser Antrag, die Fotovoltaikanlage am beruflichen Schulzentrum in Schorndorf zu realisieren, ist ins Leere gelaufen. Ins Leere deshalb, da der Aufsichtsrat der Kreisbau einem entsprechenden Auftrag zugestimmt hat und dieser bereits auch vergeben worden ist. Aber mit diesem Beispiel wird deutlich, dass die notwendigen Informationen zwischen den Aufsichtsräten und den Kreistagsmitgliedern nicht optimal fließen, was künftig zu optimieren wäre.

Vorschläge, Mehrausgaben – und damit komme ich auf einen Lobgesang des Kollegen Dr. Nopper – mit einer globalen Minderausgabe zu decken, ist rechtlich legitim und durchaus auch möglich. Jedoch halten wir einen solchen Deckungsvorschlag, der fern von politischen Verantwortungsdenken liegt, für nicht vertretbar. Wir, die Mitglieder des Kreistages, müssen eine Richtung vorgeben. Dies unserer Einwohnerschaft zu vermitteln, ist unsere Aufgabe. Mit der Festsetzung einer globalen Minderausgabe bei den Sachaufwendungen jedoch, besteht die Gefahr, dass wir

unsere Verantwortung für die uns wichtigen Aufgaben des Landkreises ein Stück weit aus den Händen geben. Mit dem einfachen Weg, denn das ist ein einfacher Weg, meine Damen und Herren, einer globalen Minderausgabe sind wir für die Einwohnerschaft nicht mehr erkennbar. Verehrte Kreisrätinnen und Kreisräte: Wollen wir diesen Weg der Anonymität gehen? Diese Frage stellt sich in diesem Zusammenhang.

Unsere Fraktion bleibt daher zur Finanzierung unserer von hoffentlich von der Mehrheit getragenen Anträge sowohl bei einer moderaten Erhöhung der Kreditaufnahme als auch bei dem Hebesatz der Kreisumlage von 36,0 %. Insofern, Herr Landrat, gibt es keine Deckungslücke bei den Anträgen der SPD-Fraktion. Unser Antrag war fundiert gestellt mit dem Hinweis, dass eine Kreditaufnahme moderat zu erfolgen hat. Eine weitere Erhöhung von Krediten zur Kompensierung eines geringeren Kreisumlagehebesatzes lehnen wir ab, da die zukünftige Zinsbelastung sich wie ein Bumerang auf die Kreisumlage in späteren Jahren auswirken wird.

Meine Damen und Herren, die Kommunen brauchen den Landkreis als verlässlichen Solidarpartner. Insofern haben wir die Diskussion eines kommunalen Solidarpaktes mit Blick auf die Festsetzung der Kreisumlage angestoßen. Nicht zuletzt, weil jedes Jahr bis auf die Stelle hinterm Komma hier im Kreistag um den Hebesatz der Umlage gefeilscht wird. Der Landkreis Waldshut betreibt bereits ein solches Modell, das bereits seit drei Jahren erfolgreich praktiziert wird. Was bei einem anderen Landkreis funktioniert, kann auch bei uns durchaus zum Thema werden.

Weihnachten steht vor der Tür. Der ein oder andere Wunsch geht sicher in Erfüllung. Der ein oder andere Wunsch wird sicher noch etwas auf sich warten lassen. Egal wie: Bei Wünschen gilt immer der Grundsatz: Die Vorfreude ist die schönste Freude!

In diesem Sinne bedanke ich mich im Namen der SPD-Kreistagsfraktion sowie persönlich für die gute und konstruktive Zusammenarbeit mit allen Fraktionen, mit Herrn Landrat Fuchs sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landkreisverwaltung und wünsche ein besinnliches Weihnachtsfest sowie einen guten Rutsch ins neue Jahr, im Vorfeld aber eine angenehme Beratung. Herzlichen Dank.“

Kreisrat Lenk legt für die FDP-FW-Fraktion zum Haushalt 2010 dar:

„Sehr geehrter Herr Landrat Fuchs,
sehr geehrte Kreistagskolleginnen und -kollegen,

namens unserer FDP/FW-Kreistagsfraktion danke ich der Verwaltung zunächst für die zusammenfassende Darstellung der haushaltsrelevanten Punkte in der Vorlage 139/2009.

Zum Zweiten möchte ich auf ein Novum hinweisen, auf das ich ausgesprochen stolz bin. Es ist uns nämlich erstmals seit vielen Jahren gelungen, gerade für dieses durchaus schwierige Haushaltsjahr 2010 einen interfraktionellen Antrag zu den wichtigsten Punkten des Haushalts zu formulieren, der von den Fraktionen der CDU, der Freien Wähler und unserer FDP/FW-Fraktion unterstützt wird und sich damit auf eine breite Mehrheit in diesem Kreistag stützt.

Erstmals seit Jahren konnte so das in den letzten Jahren teilweise unwürdige Schachern um die Höhe der Kreisumlage vermieden werden, weil zumindest drei Fraktionen im Vorfeld Kompromissbereitschaft an den Tag gelegt haben, damit der Haushaltsplan 2010 Eckdaten erhält, die von einer breiten Kreistagsmehrheit unterstützt werden. Und ein solches Zusammenstehen über die Fraktionen hinweg ist gerade in finanziell schwierigen Zeiten wie den jetzigen ein wichtiges und - wie ich denke - richtiges Signal des Zusammenstehens im Kreistag gegenüber der Öffentlichkeit. Dafür möchte ich mich bei allen Beteiligten in der CDU, bei den Freien Wählern, aber auch in unserer FDP/FW-Fraktion bedanken. Erleichtert wurde dies sicherlich auch dadurch, weil unsere drei Fraktionen in ihren Haushaltserklärungen durchaus ähnliche Vorstellungen zum Ausdruck brachten.

Unserer FDP/FW-Fraktion waren dabei insbesondere folgende Punkte wichtig:

1. Größtmögliche Schonung der Kommunen, die ihrerseits mit voller Wucht von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen sind, indem der Kreisumlage-Hebesatz noch etwas weiter abgesenkt wird.
2. Zusätzliche Investitionen im Sinne einer antizyklischen Haushaltspolitik zur Stützung der Konjunktur und zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Dazu gehört u.a. der Neubau der Mensa im Beruflichen Schulzentrum in Waiblingen und die Aufstockung der Mittel für den Straßen- und Radwegebau.
3. Besonders lag und liegt uns am Herzen, den von uns über alle Fraktionen hinweg als richtig erkannten Mindestbetrag von 3 Mio. EUR zum Abbau des mittlerweile auf weit über 50 Mio. EUR angewachsenen Sanierungsrückstaus auch in 2010 anzusetzen und so diesbezüglich deutlich, nämlich um 2 Mio. EUR über den Ansatz der Verwaltung hinauszugehen. Auch deshalb, weil wir davon überzeugt sind, dass solche, oft auch energetische Sanierungen nicht nur dem Klimaschutz dienen, sondern sich sogar ‚rechnen‘, weil dadurch in den Folgejahren die laufenden Betriebs- und Unterhaltskosten sinken.

4. Um die durch die o.g. Maßnahmen ausgelöste zusätzliche Verschuldung auf rund 2 ½ Mio. EUR zu beschränken, haben wir den Haushalt durchforstet und vor allem die Haushaltsergebnisse der vergangenen Jahre unter die Lupe genommen bzw. mit den Ansätzen der Verwaltung im Jahr 2010 verglichen. Dabei stellten wir fest, dass insbesondere die Grunderwerbsteuer für 2010 unangemessen niedrig und die Personalkosten unangemessen hoch veranschlagt worden sind. Deshalb habe ich in meiner HH-Rede für die FDP/FW-Fraktion beantragt, den Ansatz der Grunderwerbssteuer um 1,5 Mio. EUR zu erhöhen und den Ansatz für die Personalkosten um 800.000.-- EUR zu senken.

Dass dieser jetzt bei unserem interfraktionellen Antrag voll übernommene Ansatz der Grunderwerbsteuer von 16 Mio. EUR für 2010 gerade auch angesichts des in unserer Region derzeit leicht anziehenden Immobilienmarktes nicht überzogen ist, zeigen die Zahlen der zurückliegenden Jahre. In 2007 haben wir 17,7 Mio. EUR und 2008 17,6 Mio. EUR an Grunderwerbsteuer eingenommen, also jeweils knapp 2 Mio. EUR mehr als wir uns für 2010 erhoffen.

Auch die in unserem interfraktionellen Antrag auf 1,2 Mio. EUR erhöhte Kürzung bei den Personalausgaben ist eindeutig, klar und nicht anonym, Herr Kaufmann, und vor allem, sie ist im Lichte des Vergleichs der Ansätze der Verwaltung mit den tatsächlichen Rechnungsergebnisse der letzten Jahre keineswegs unverantwortlich, wie die Verwaltung uns jetzt erklären möchte. Lassen wir doch einfach die Zahlen sprechen: So hatte die Verwaltung für das Jahr 2007 51,4 Mio. EUR Personalkosten beantragt, im Rechnungsergebnis wurden aber nur 48,7 Mio. EUR, also 2,7 Mio. EUR weniger benötigt. Im Jahr 2008 hatte die Verwaltung Personalkosten von knapp 53 Mio. EUR beantragt, tatsächlich gab sie 49,8 Mio., also 3,2 Mio. EUR weniger aus. Und für das Jahr 2009 sind ähnliche Minderausgaben zu erwarten, hat uns doch die Verwaltung bereits beim Finanzzwischenbericht am 28. September wissen lassen, dass nicht nur die im letzten Jahr vom Kreistag beschlossene globale Minderausgabe von 400.000 EUR voll erwirtschaftet werde, sondern weitere 300.000 EUR gekürzt werden könnten.

Wir machen diese Minderausgaben dem zuständigen Personaldezernenten, Ihnen sehr geehrter Herr Bauer, nicht zum Vorwurf, sondern wir freuen uns ganz im Gegenteil über Ihre sparsame Bewirtschaftung – das ist durchaus einen Applaus wert, Herr Bauer. Allerdings zeigen die Zahlen der Vergangenheit in aller Deutlichkeit, dass sich gerade bei den Personalausgaben immer wieder beträchtliche Einsparpotentiale auftun. Deshalb ist es doch mehr als naheliegend, davon auszugehen, dass dies auch in 2010 so sein wird. Und genau des-

halb gibt es heute überhaupt keinen Grund, von der Kürzung um 1,2 Mio. EUR auch nur einen Millimeter abzurücken.

5. Ein weiteres wichtiges Ziel war für unsere Fraktion, dass wir trotz der zusätzlichen investiven Akzente mit unserer Verschuldung immer noch rund 3 Mio. EUR unter der Höchstmarke vom 31.12.2006 liegen. Wie bereits in meiner Haushaltsrede gesagt: Nochmals 2,6 Mio. EUR zusätzliche Schulden sind alles andere als ein Vorschlag der zum Jubeln Anlass gibt, aber in der Abwägung im Interesse der Unterstützung der Konjunktur und der Sicherung von Arbeitsplätzen in der jetzigen Krise nicht nur rechtlich möglich und vertretbar, sondern gesamtwirtschaftlich sinnvoll und richtig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
 liebe Kreistagskolleginnen und -kollegen,

ich hoffe, Sie konnten meinen Ausführungen 2 Dinge entnehmen:

1. Dass sich unsere Vorstellungen, die Vorstellungen unserer FDP/FW-Fraktion, in hohem Maße mit dem gemeinsamen Antrag decken und sich dort wiederfinden und
2. dass unser interfraktioneller Antrag verantwortungsbewusst abgewogen und gut durchdacht ist .

Deshalb möchte ich abschließend auch die Mitglieder der SPD- und der GRÜNEN - Fraktion einladen, unserem gemeinsamen Antrag zuzustimmen. Mit diesem ‚Kompromiss der Vernunft‘, so möchte ich es einmal ausdrücken, kann es uns gelingen

- die Solidarität mit den Städten und Gemeinden zum Ausdruck zu bringen,
- die sich zart belebende Konjunktur zu stützen und Arbeitsplätze zu sichern,
- den Sanierungsrückstau nicht weiter ansteigen zu lassen,
- unsere klimapolitischen Ziele im Auge zu behalten,
- und die Neuverschuldung in gerade noch vertretbaren Grenzen zu halten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !“

Kreisrat Häuser nimmt für die Fraktion der Freien Wähler wie folgt Stellung:

„Sehr geehrter Herr Landrat Fuchs,
werte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Gäste,

mit der Verabschiedung des Haushaltsplanes legen wir heute auch die von den Städten und Gemeinden im Jahr 2010 zu zahlende Kreisumlage fest. Zentraler Bestandteil meiner Haushaltsrede für unsere Fraktion der Freien Wähler bei der Sitzung am 16. November in Winnenden war, dass der Kreistat bei der Festsetzung der Kreisumlage viel stärker auf die Finanzsituation der Kommunen Rücksicht nehmen muss. Die meisten Städte und Gemeinden können wegen der Finanzkrise ihren Verwaltungshaushalt, also ihren laufenden Betrieb, nicht mehr ausgleichen. Entgegen den Vorschriften des Gemeindehaushaltsrechts müssen die meisten Verwaltungshaushalte mit Krediten ausgeglichen werden, weil die Rücklagemittel bereits für den Ausgleich des Haushaltsjahres 2009 aufzuwenden waren.

Wir freuen uns deshalb, dass es auch auf unseren Vorschlag hin gelungen ist, sich in einem interfraktionellen Antrag gemeinsam mit der CDU-Fraktion und der FDP-FW-Fraktion auf einen Kreisumlagehebesatz von 35,5 Prozentpunkten zu verständigen. Um es noch einmal klar zu sagen: Wir sprechen dann trotzdem noch von einer Steigerung der Kreisumlage gegenüber dem Jahr 2009 von 6,7 Mio. EUR, die die Kommunen zusätzlich verkraften müssen.

Hinsichtlich der Verschuldung sind wir ebenfalls bereit, einen Kompromiss einzugehen. Einer Erhöhung der Kreditaufnahme um rd. 2,6 Mio. EUR stimmen wir zu, weil damit energetische Gebäudesanierungen und Maßnahmen zum Abbau des Sanierungsrückstaus an den kreiseigenen Liegenschaften realisiert werden können. Zusätzlich kann der Neubau der Mensa am beruflichen Schulzentrum in Waiblingen mit einem Betrag von 1 Mio. EUR anfinanziert werden.

Die Fraktion der Freien Wähler wird deshalb den interfraktionellen Antrag einstimmig mittragen. Bei allen Kreistagsfraktionen möchte ich mich für das konstruktive interfraktionelle Gespräch bedanken. Ich bin bisher davon ausgegangen, dass auch die SPD-Fraktion sich dem interfraktionellen Antrag anschließen wird. In Ihrer Haushaltsrede haben Sie, sehr geehrter Kollege Kaufmann, erklärt, dass ihre Fraktion einen Kreisumlagehebesatz von sogar 35,25 Prozentpunkten mittragen wird, wenn ihre Anträge nicht zum Tragen kommen. Wir würden uns deshalb freuen, wenn sie den Kompromiss unterstützen können, zumal darin auch zentrale Bestandteile ihrer Forderungen enthalten sind wie zum Beispiel die energetischen Gebäudesanierungen, die Maßnahmen zum Abbau des Sanierungsrückstaus und auch der Neubau der Mensa am beruflichen Schulzentrum in Waiblingen. Besten Dank.“

Kreisrat Halder führt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushalt 2010 aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat,
meine Damen und Herren,

mit nichts zur rechtfertigen ist die Senkung der Kreisumlage von 36,5 auf 36 Prozentpunkte, wie es die Verwaltung vorsieht und stellt ein großes Entgegenkommen des Landkreises an die Gemeinden und Städte des Rems-Murr-Kreises dar.

Überhaupt nicht zu rechtfertigen ist die Senkung der Kreisumlage auf 35,5 % Punkte, wie es der von den drei Bürgermeister-Fraktionen getragene Kompromiss vorsieht.

Durch die von der Verwaltung vorgeschlagenen Senkung der Kreisumlage können ca. 2 Mio. EUR für dringend notwendige energetische Sanierungen in Kreisliegenschaften nicht durchgeführt werden. Diese Sanierungen haben ausgesprochen nachhaltigen Charakter und dienen der Energieeinsparung und der CO₂-Reduktion. Ebenso kann die dringend notwendige Sanierung der Mensa im Berufschulzentrum Waiblingen nicht in Angriff genommen werden. Wir haben hier eine klare Linie, ‚was muss das muss‘. Mit 36,5 % wäre es kein Problem. Bei 36 % müssen wir Schulden machen. Bei 35,5 % Punkten wird es abenteuerlich.

Vermehrte Grunderwerbsteuereinnahmen (während die Wirtschaftskrise hier richtig ankommt. Ein solches Ansinnen passt nicht in die Zeit) und globale Minderausgaben. Gerade von Fraktionen gefordert, von denen man annehmen könnte, sie können Haushalte lesen, wäre zu verlangen, dass sie wissen, dass Steuereinnahmen nicht beliebig vermehrt werden können und solche Finanzierungen abenteuerlich sind. Weder solide, noch seriös, sondern ‚Taschenspielertricks‘. Auch wenn uns immer wieder gesagt wird, dass diese Methoden legal sind, ist es doch nicht richtig diese anzuwenden. Nicht alles was erlaubt ist, ist auch richtig. Etwas Basar-Charakter haben die interfraktionellen Gespräche über den Haushalt noch immer. Gibt es weniger Kreisumlage, gibt es eine Mensa.

Ok, die Bürgermeister haben sich durchgesetzt. Auf Kosten der Mitarbeiter, unter anderem, mit einer globalen Minderausgabe im Personalbereich von 1 Million EUR. Die Verwaltung hat schon angedeutet, für 2009 weitere 300 000 EUR aus dem Personal heraus zu holen. Das ist ja auch nicht unbedingt besonders mitarbeiterfreundlich, und im Personalhaushalt gibt es sicher, nicht nur in den niedrigen Gehaltsgruppen, einiges aus- und nachzubessern. Gut, wir sind uns im Klaren, das wir hier eine Minderheitenmeinung vortragen. Damit können wir leben und werden den Haushalt 2010 ablehnen.

Mit was wir uns nicht abfinden werden, ist, wenn uns wie geschehen im Verwaltungs- Schul- und Kulturausschuss ein ‚Maulkorb‘ verpasst wird, und die Mehrheit, alle Diskussionen auf die Kreistagssitzung, mit Redezeitbegrenzung verschiebt. Das ist die Kehrseite des ‚Fellbacher Verfahrens‘, wie es seit einigen Jahren hier auf Initiative der FDP bei den Haushaltsberatungen angewandt wird. Der Höhepunkt ist dann noch, die von Herrn Lenk geforderte nichtöffentliche Vorberatung des Haushaltes in den Ausschüssen. Dann werden aus Kreisräten Geheimräte. Aber es lässt sich natürlich besser – ich hab ‚Mauscheln‘ hier durch ‚Vereinbarungen treffen‘ ersetzt, um niemandem zu nahe zu treten.

Ich bin in meiner Redezeit sehr zügig und fast schon am Ende meiner Rede angelangt. Ich habe noch eine Anmerkung, die ich eigentlich unter Verschiedenes bringen wollte, aber wenn Herr Dr. Nopper von Weihnachten erzählt, kann ich eine Anmerkung zu einem anderen Thema machen. Sie haben in der Ältestenratssitzung zu Recht darauf hingewiesen, dass diese Vorgänge in der CDU eine interne Angelegenheit der CDU sind. Das ist selbstverständlich und das sehe ich auch so. Es ist auch interne Angelegenheit der CDU, ob das ‚C‘ für Nächstenliebe oder Inquisition steht. Das ist alles interne Angelegenheit der CDU. Aber mich – wie in der Presse geschehen – als Kronzeugen für die Kompetenz der CDU zu zitieren, ist eher ein Eigentor, denn das habe ich ausdrücklich in Anführungszeichen gesagt. Und ich möchte nochmals betonen, diese Kompetenz, wenn Sie sich dabei auf mich berufen, habe ich nicht gesehen, sondern ich sah nur die Fähigkeit in der Finanzschieberei, die hochkompetent besetzt ist.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Landrat Fuchs dankt für die Beiträge und merkt an, die Verwaltung bemühe sich, die Ansätze für den Haushaltsplan realistisch zu kalkulieren. Insofern halte er es nicht für eine Tugend, der Verwaltung mittels globaler Minderausgaben die finanziellen Mittel zu entziehen. Gerade im Personalbereich werde die Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe sehr schwer fallen, weil ein ganzes Paket von strukturellen Anpassungsmaßnahmen beschlossen worden sei, weil bei den Tarifverhandlungen zweifelsohne eine Erhöhung des TVöD zu erwarten sei und weil die Verwaltung mit Beschluss des Kreistags einige zusätzliche Mitarbeiter im Bereich sozialer Daseinsvorsorge gewinnen wolle, was auch umgesetzt werden solle. Die Verwaltung beabsichtige daher, auf Sicht zu fahren und regelmäßig die Entwicklung der Personalkosten offen zu legen, um die daraus zu ziehenden Konsequenzen mit dem Kreistag abzustimmen.

Landrat Fuchs stellt auf den Beitrag von Kreisrat Kaufmann fest, dass die Vorschläge der SPD-Fraktion neben der zusätzlich notwendigen Kreditaufnahme von 2,6 Mio. EUR die Aufnahme von weiteren 2 Mio. EUR erfordern würden.

Den Optimismus von Kreisrat Lenk, was die Entwicklung der Grunderwerbsteuereinnahmen angehe, könne er nicht teilen. Mehr als 15 Mio. EUR seien hier nicht zu erwarten, da keine positive Entwicklung am Immobilienmarkt zu erkennen sei.

Landrat Fuchs verweist beim nachstehenden Antrag der SPD-Fraktion auf die Erläuterungen in Ziffer II Nr. 1 der Drucksache 139/2009 und das Votum des Jugendhilfeausschusses, die Stellen zunächst zu befristen und nach drei Jahren einer Evaluation, ggf. einer Nachjustierung zu unterziehen.

Kreisrätin Gruber-Seibold erklärt, es gehe nicht um eine massive Ausweitung des Angebots von Schulsozialarbeit an den beruflichen Schulzentren. Es gehe genau um eine Stelle, und zwar je eine an jedem Berufsschulstandort. Diese Aufstockung sei vom Kreistag mehrfach befürwortet worden, und dies nicht erst nach den Ereignissen von Winnenden. In Anbetracht der mehreren tausend Schülerinnen und Schüler an jedem Berufsschulzentrum könne es nicht sinn der Sache sein, in 3 Jahren erneut darüber zu diskutieren, ob diese Stellen wirklich benötigt würden. Es sei Konsens, dass dem so sei, um einen Teil der Aufgaben der Schulsozialarbeit im Rems-Murr-Kreis bewältigen zu können. Die schon tätigen Schulsozialpädagogen leisteten wichtige Arbeit unter oft sehr schwierigen Bedingungen. In den letzten Jahren hätten sich die individuellen Problemlagen von jungen Menschen an den beruflichen Schulen im Rems-Murr-Kreis verschärft, die Fallzahlen stiegen an und die Belastung und Beanspruchung der Fachkräfte nehme entsprechend zu. Die Grenze des Machbaren sei mindestens erreicht, wenn nicht sogar überschritten. Es gehe heute nicht um die Frage der Evaluierung. Wenn eine Mehrheit der Meinung sei, die Stellen zu gegebener Zeit einer Evaluierung zu unterziehen, dann könne dies gerne zu gegebener Zeit diskutiert werden. Dazu müsse nicht die Notwendigkeit der Stellen durch eine Befristung in Frage gestellt werden. Im Interesse der Schülerinnen und Schüler bitte sie um eine verlässliche und dauerhafte Schaffung der Jugendschulsozialarbeiterstellen.

Der Kreistag lehnt den Antrag der SPD-Fraktion,

Die drei neu zu schaffenden Stellen für die Schulsozialarbeit an den Kreisberufsschulzentren des Rems-Murr-Kreises werden in Abänderung des Beschlusses des Jugendhilfeausschusses vom 30.11.2009 dauerhaft in den Stellenplan aufgenommen. Der Zusatz „zunächst befristet auf drei Jahre“ entfällt,

mehrheitlich ab.

Landrat Fuchs verweist auf die in der Drucksache 139/2009 dargestellten Änderungen seit Einbringung des Haushaltsentwurfs.

Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei 3 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Den unter Abschnitt IV und V in der Drucksache 139/2009 aufgeführten Änderungen seit Einbringung des Haushaltsentwurfs u. a. durch die Fachausschüsse wird zugestimmt.

Landrat Fuchs verweist auf den interfraktionellen Antrag der CDU-Fraktion, der FDP-FW-Fraktion und der Fraktion der Freien Wähler als den weitestgehenden Antrag bezüglich des Kreisumlagehebesatzes, der Veränderungen im investiven Bereich, der Einsparungen im Personalbereich und bei den Sachausgaben wie in Drucksache 139/2009 dargestellt.

Der Kreistag beschließt mehrheitlich:

Zum, durch die Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses, des Umwelt- und Verkehrsausschusses und des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses sowie der übersandten Änderungsliste (Stand 10.12.09), fortgeschriebenen Kreishaushalts 2010 werden folgende Anträge gestellt:

1. Der Hebesatz der Kreisumlage soll um 0,5 %-Punkte auf 35,5 %-Punkte gesenkt werden, was Mindereinnahmen von voraussichtlich 2,23 Mio.. EUR entspricht.
2. Für den Neubau der Mensa im Beruflichen Schulzentrum Waiblingen soll 1 Mio.. EUR eingestellt werden (samt Verpflichtungsermächtigung zur Restfinanzierung mit 1,0 Mio. Euro in 2011)
3. Für Energetische Gebäudesanierungen bzw. zum Abbau des Sanierungsrückstaus sollen 2,0 Mio.. EUR zusätzlich veranschlagt werden.

Zur Deckung dieser Mindereinnahmen bzw. Mehrausgaben und den mittlerweile eingetretenen Haushaltsverschlechterungen im

Umfang von 0,39 Mio.. EUR wird vorgeschlagen:

1. Anhebung des Ansatzes für die Grunderwerbssteuer-Einnahmen um 1,5 Mio.. EUR.
2. Kürzung des Ansatzes bei den Personalausgaben durch globale Minderaufwendungen um 1,2 Mio.. EUR.
3. Kürzung des Ansatzes beim „Sächlichen Verwaltungsaufwand“ durch globale Minderaufwendungen um 0,3 Mio.. EUR.
4. Erhöhung der Kreditaufnahme um ca. 2,6 Mio.. EUR.

Landrat Fuchs erklärt, mit der Zustimmung zu diesem weitestgehenden Antrag hätten sich die Anträge der SPD-Fraktion und der Fraktion B90/Die Grünen, Drucksache 139/2009 Seite 6, erledigt.

Der Kreistag erhält die Drucksache 139/2009a mit den die vorstehenden Beschlüsse berücksichtigenden Zahlen als Tischvorlage ausgeteilt.

Landrat Fuchs verweist auf die ausgeteilte Drucksache 139/2009a.

Der Kreistag beschließt einvernehmlich

Der Hebesatz der Kreisumlage wird auf 35,5 %-Punkte festgesetzt

Der Kreistag beschließt einvernehmlich:

Die sich ergebenden Änderungen aus den im Antrag enthaltenen Deckungsvorschlägen, in der Drucksache 139/2009 unter II. Ziff. 2 dargestellt, wird zugestimmt.

Der Kreistag beschließt mehrheitlich:

Der Übernahme einer Ausfallbürgschaft für die Kassenkredite der Rems-Murr-Kliniken gGmbH bis zu einer Höhe von 35 Mio.. Euro und für die Kredite für Investitionen in Höhe von 850.000 Euro im Jahre 2010 wird zugestimmt.

Landrat Fuchs verweist auf die Drucksachen 139/2009a Ziff. 4 und 139/2009 Seite 3 Ziff. 5.

Der Kreistag beschließt mehrheitlich

Haushaltssatzung 2010 des Rems-Murr-Kreises

Auf Grund der §§ 3, 48 und 49 der Landkreisordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 19.6.1987 (GBl.1987, S.289) in Verbindung mit § 79 des Gesetzes zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts vom 04.05.2009 veröffentlicht im Gemeinsamen Amtsblatt am 08.05.2009 (S. 185 ff.) wird folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit:

1. Im Gesamtergebnishaushalt mit dem
 - Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf 348.050.000 EUR
 - Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf 353.058.000 EUR
 - Ordentliche Ergebnis* - 5.008.000 EUR
 - Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge 0 EUR
 - Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen 0 EUR
 - Sonderergebnis* 0 EUR
 - Gesamtergebnis - 5.008.000 EUR

2. Im Gesamtfinanzhaushalt mit dem
 - Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 337.866.000 EUR
 - Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 332.028.700 EUR
 - Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts* + 5.837.300 EUR
 - Gesamtbetrag der Einzahlungen

aus Investitionstätigkeit	2.214.600 EUR
• Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	<u>16.131.600 EUR</u>
<i>Zahlungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit</i>	<u>- 13.917.000 EUR</u>
Finanzierungsmittelfehlbetrag	- 8.079.700 EUR
• Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Einzahlungen aus Kreditaufnahmen)	19.865.000 EUR
• Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Auszahlungen für die Tilgung von Krediten)	12.766.000 EUR
<i>Saldo aus Finanzierungstätigkeit</i>	<u>+ 7.099.000 EUR</u>
Finanzierungsmittelbedarf	<u>- 980.700 EUR</u>

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen erforderlich ist, wird festgesetzt auf 19.865.000 EUR.

§ 3

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt für die Landkreiskasse auf 20.000.000 EUR.

§ 4

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten, wird festgesetzt auf 8.163.000 EUR.

§ 5

Der Umlagesatz für die Kreisumlage wird auf 35,5 v.H. der Steuerkraftsummen der Gemeinden des Rems-Murr-Kreises festgesetzt (§ 35 Absatz 1 FAG).

Von der Finanzplanung wird zustimmend Kenntnis genommen.

Der Kreistag beschließt mehrheitlich den Beschlussvorschlag der Verwaltung
(DS 139/2009 Ziff. 5):

5. Haushaltssatzung der „Rems-Murr-Stiftung“ für das Haushaltsjahr 2010
Auf Grund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in
der Fassung vom 24.07.2000 (GBl. S. 582, 698) i.V. mit § 5 der Stif-
tungssatzung der „Rems-Murr-Stiftung“ in der Fassung vom 09.07.2001
wird folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010 beschlos-
sen:

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit:

1 den Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je	
im Verwaltungshaushalt	62.000 EUR
im Vermögenshaushalt	20.000 EUR
2 dem Gesamtbetrag der vorgesehenen	
Kreditaufnahmen (Kreditermächtigungen)	
in Höhe von	0 EUR
3 dem Gesamtbetrag der Verpflichtungser-	
mächtigungen in Höhe von	0 EUR

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf – 0 EUR - festgesetzt.

Landrat Fuchs dankt der Kreiskämmerei insbesondere für ihre hervorragende Arbeit bei der Umstellung auf den ersten doppischen Haushaltsplan. Gleichzeitig sei der vorliegende Haushaltsplan der 29. und letzte des Kreiskämmerers Joachim Karsten. Wenn man die Summe der Haushaltsvolumina der vergangenen 29 Jahre zusammenrechnet, so habe Herr Karsten dem Kreistag in seiner Amtszeit beim Rems-Murr-Kreis insgesamt 7,2 Mrd. EUR präsentiert. Sein Einsatz verdiene Dank und Respekt.

Auszüge:

- 1 Dezernat 1
- 1 Dezernat 3
- 2 Dezernat 4
- 2 Dezernat 5
- 3 GB Finanzen
- übrige GB je 1
- 1 Rems-Murr-Kliniken
- 1 RMIM

Öffentlich

§ 2

Feststellung der Jahresrechnung 2008 des Rems-Murr-Kreises und der Rems-Murr-Stiftung (Drucksachen 102/2009-KT19.10.09, 132/2009-VSKA07.12.2009, 133/2009-VSKA07.12.2009 und 140/2009)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksachen.

Kreiskämmerer Karsten erläutert die Drucksache 140/2009 und führt insbesondere aus, das Gesamtvolumen des Kernhaushalts habe sich beim Rechnungsabschluss 2008 endgültig auf 428 Mio. Euro belaufen und sei damit lediglich um 1,65 % über den Planwerten gelegen. Dies sei fast eine Punktlandung. Beim Verwaltungshaushalt habe die Abweichung 2,2 % über Plan, beim Vermögenshaushalt -4,7 % unter Plan betragen.

Wie gewohnt seien die Ansätze überwiegend im Rahmen der Veranschlagung geblieben. Größere Abweichungen habe es bei den Schlüsselzuweisungen mit -0,8 Mio. Euro gegeben. Mehreinnahmen seien bei den Zinsen mit 1,5 Mio. Euro und bei Mieten und Pachten wegen Übernahme der Liegenschaftsverwaltung für die Klinik in Backnang und Waiblingen mit 0,4 Mio. Euro zu verzeichnen gewesen. Bei den Personalkosten habe sich die Verwaltung erneut um strikte Ausgabendisziplin bemüht und hierdurch ohne den Verwaltungsreformbereich -2,4 Mio. Euro eingespart.

Einsparungen habe es bei der Sozial- und Jugendhilfe mit netto 1,5 Mio. Euro und bei der Schülerbeförderung mit 200.000 Euro gegeben. Dagegen seien die Zuschüsse an die Rems-Murr-Kliniken um 3,9 Mio. Euro, u.a. für die Verlustabdeckung aus 2007, angestiegen.

Unter dem Strich sei eine um 1,5 Mio. Euro höhere Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt erwirtschaftet worden. Dies seien gerade einmal 0,4 % des Volumens des Verwaltungshaushalts. Dies sei im Vergleich mit den Ergebnissen der Städte und Gemeinden im Jahr 2008 sehr bescheiden.

Entsprechend dem Kreistagsbeschluss von 2001 habe die geplante Verschuldung um zusätzlich 0,4 Mio. Euro auf insgesamt 64,9 Mio. Euro reduziert werden können. Die Sonderrücklage Abfallwirtschaft habe sich von 48,7 Mio. Euro auf 50,9 Mio. Euro erhöht. Für Hochbaumaßnahmen seien lediglich 5,7 Mio. Euro ausgegeben worden, für Verbesserungsmaßnahmen an Kreisstraßen immerhin noch 6,4 Mio. Euro – im Jahr 2010 sei nur noch ein Drittel dieses Betrags vorgesehen, außerdem für den Kauf der Straßenmeistereien 3,5 Mio. Euro.

Die Haushaltsausgabenreste beliefen sich im Verwaltungshaushalt auf 3,4 Mio. Euro, im Vermögenshaushalt auf 8,6 Mio. Euro. Zwischenzeitlich seien diese weitgehend abgebaut bzw. die Mittel durch Verträge und Aufträge gebunden.

Die Rems-Murr-Kliniken gGmbH hätten 2008 mit einem zusätzlichen Verlust von 3,2 Mio. Euro abgeschlossen. Hiervon würden 2010 durch den Kreishaushalt, dies sei soeben vom Kreistag so festgelegt worden, 1 Mio. Euro ausgeglichen werden. Die restlichen 2,2 Mio. Euro seien eine Hypothek in die Zukunft und müssten noch ab 2011 den Rems-Murr-Kliniken erstattet werden.

Erstmals 2008 ist es nicht mehr gelungen, beim Verwaltungsreformbereich die notwendige Effizienzrendite zu erwirtschaften. Die Gründe hierfür lägen vorwiegend bei den Vermessungsgebühren. Im Zeitraum 2005 – 2008 hätte der Rems-Murr-Kreis 11 % Effizienzrendite erwirtschaften müssen, tatsächlich seien aber nur 9,61 % erreicht worden. Die fehlenden 165.000 Euro seien aus der angesammelten Rücklage für den Verwaltungsreformbereich entnommen worden. Ende 2008 sei damit noch ein „Überschuss“ von rd. 800.000 Euro aus der Verwaltungsreform vorhanden gewesen, der wohl zum Ausgleich im Jahr 2009 vollends benötigt werde.

Wie im Schlussbericht des Geschäftsbereichs Kreisprüfung auf Seite 49 bestätigt, bestünden keine Gründe, die der Feststellung der Jahresrechnung 2008 entgegenstehen. Daher bitten er darum, dem einstimmigen Beschlussvorschlag des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses zu folgen und die Jahresrechnung 2008 sowohl des Landkreises als auch für die Rems-Murr-Stiftung festzustellen.

Kreisamtsrätin Strauß erklärt, der vorliegende Schlussbericht 2008 gehe über die reine Mitteilung der Prüfungsergebnisse hinaus. Er wolle dem Kreistag einen umfassenderen Überblick geben. Daher sei dieser Schlussbericht als Tätigkeitsbericht zu verstehen. Er gebe einen Abriss über die finanzielle Situation des Rems-Murr-Kreises, verglichen mit den übrigen Landkreisen in Baden-Württemberg. Die beigefügten Schaubilder, Diagramme und Tabellen zeigten Tendenzen auf und lieferten eine Übersicht.

Die Prüfungsschwerpunkte hätten sich auch 2008 wieder auf die finanziell bedeutsamen Bereiche, insbesondere die Personalausgaben und das Sozialwesen konzentriert. Anstände, die nicht bereits während der Prüfungen ausgeräumt werden konnten, seien zwischenzeitlich erledigt worden. Die örtliche Prüfung der Jahresrechnung habe somit keine wesentlichen Beanstandungen ergeben. Auch die weiteren Tätigkeitsfelder, vom Datenschutz über die Betätigungsprüfung hin zu den Innenrevisionsaufgaben hätten ein positives Gesamtbild vermittelt. Somit könne guten Gewissens die Feststellung der Jahresrechnung 2008 empfohlen werden.

Die Rechnungsprüfung beschränke sich nicht nur auf die Vergangenheitsbewältigung. Immer bedeutsamer werde die Beratung – sowohl prüfungsbegleitend, als auch losgelöst davon im Vorfeld von Entscheidungen. Durch diesen präventiven Ansatz könne man dazu beitragen, dass die Rechtssicherheit erhöht werde und Aufgaben wirtschaftlicher und sparsamer erfüllt würden. Dies sei gerade in Zeiten, in denen die Haushaltskonsolidierung allen Bereichen Entbehren abverlange, umso wichtiger.

Ohne Beratung beschließt der Kreistag en bloc einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Die Jahresrechnung 2008 des Rems-Murr-Kreises wird gemäß § 48 der Landkreisordnung in Verbindung mit § 95 der Gemeindeordnung mit den in der beigefügten Aufstellung vom 26.11.2009 (Anlage A zu Drucksache 140/2009) ausgewiesenen Ergebnissen festgestellt.
2. Die Jahresrechnung 2008 der Rems-Murr-Stiftung wird gemäß § 48 der Landkreisordnung in Verbindung mit § 97 der Gemeindeordnung mit den in der beigefügten Aufstellung vom 29.01.2009 (Anlage B zu Drucksache 140/2009) ausgewiesenen Ergebnissen festgestellt.
3. Die im Rechenschaftsbericht unter 7.2 (Seite 33) und auf Seite 35 abgerechneten Hochbau- und Straßenbaumaßnahmen werden anerkannt.

Auszüge:

3 GB Finanzen
1 GB Straßen
1 GB Kreisprüfung
1 Rems-Murr-Kliniken

Öffentlich

§ 3

Ergänzung zum Nahverkehrsplan des Rems-Murr-Kreises, Linienbündelungskonzeption
(Drucksachen 7/2009-UVA23.03.09 und 122/2009-UVA30.11.09)

Kreisrat Dannenmann ist bei diesem Tagesordnungspunkt befangen und zieht sich von der Beratung und Beschlussfassung in den Zuhörerraum zurück.

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksachen.

Regierungsdirektor Hagmann führt insbesondere aus, die Erstellung der vorliegenden Linienbündelungskonzeption sei eine große Herausforderung gewesen. Einerseits solle der ÖPNV im Rems-Murr-Kreis im Hinblick auf die EU-Verordnung 1370/2007 zukunftsfähig gemacht werden. Andererseits solle die mittelständisch geprägte Unternehmenskultur im Rems-Murr-Kreis erhalten werden. Aus diesem Grund seien die Busunternehmen von Anfang an eng in die Erarbeitung der Konzeption eingebunden gewesen. Der Wunsch nach einer engen Abstimmung der Konzeption mit den Busunternehmen sei auch von den Kreisgremien mehrfach artikuliert worden. Im Rahmen eines Runden Tisches im Frühsommer 2009 sei der Durchbruch gelungen. In einer „Gemeinsamen Erklärung der Busunternehmen und des Landratsamtes“ sei eine Einigung dahingehend erzielt worden, dass die Unternehmen einer Linienbündelungskonzeption im Jahr 2009 zustimmen, wenn die Harmonisierungszeitpunkte um zwei Jahre nach hinten verschoben würden. Im Gegenzug sicherten die Busunternehmen zu, stufenweise wirtschaftliche und qualitative Verbesserungen im Kreisgebiet zu erbringen, wovon die Fahrgäste ab sofort und nicht erst zum geplanten Harmonisierungszeitpunkt profitierten. Im Gespräch seien neben Verkehrsverbesserungen, wie zusätzlichen Fahrten, vor allem qualitative Verbesserungen wie bspw. Echtzeitanzeigen zu Umsteigeverbindungen über Streckenverlaufspläne mittels TFT-Displays bis hin zu aktuellen News-Tickern.

Die Verschiebung der Harmonisierungszeitpunkte bis an das Ende des Übergangszeitraums im Jahre 2019 schaffe für die regionalen Busunternehmen Planungssicherheit und Sorge für ein ausreichendes Zeitfenster, um sich auf die neuen Gegebenheiten einzustellen. Außerdem biete der lange Übergangszeitraum den heimischen Unternehmen Schutz vor global agierenden Verkehrskonzernen.

Daneben werde durch das Linienbündelungskonzept den Interessen des Rems-Murr-Kreises als Aufgabenträger Rechnung getragen. Durch die Linienbündelung sei eine vereinfachte und verbesserte Abstimmung von verkehrlich und betrieblich zusammenhängenden Einzellinien möglich. Dies werde die Wirtschaftlichkeit der Verkehre weiter erhöhen. In Anbetracht der Netto-ÖPNV-

Kosten von jährlich 24 Mio. € (2010: 27 Mio. €) stehe der Landkreis hier gegenüber dem Steuerzahler in einer besonderen Verantwortung. Außerdem stelle die Linienbündelung den einzigen gangbaren Weg dar, um die Laufzeiten der Linienverkehrsgenehmigungen zu harmonisieren. Ansonsten würde ein Flickenteppich von unterschiedlichen Endzeitpunkten von Einzellinien bestehen.

Das Regierungspräsidium als Genehmigungsbehörde werde bereits im kommenden Jahr Laufzeitbefristungen aussprechen müssen, um ab 2017 eine gestaffelte Vergabe der Linienbündel ermöglichen zu können. Dies verdeutliche, dass für die Verabschiedung einer Linienbündelungskonzeption als Annex zum Nahverkehrsplan kein weiterer zeitlicher Spielraum besteht. Wichtig sei in diesem Zusammenhang der Hinweis, dass mit der Verabschiedung der Linienbündelungskonzeption keine Vorfestlegung hinsichtlich der Art und Weise der zukünftigen wettbewerblichen Vergabe erfolge. Neben einer formalen Ausschreibung stelle auch der bereits jetzt mögliche Genehmigungswettbewerb einen gangbaren Weg dar.

Wie bei der Fortschreibung des Nahverkehrsplans sei ein Beteiligungsverfahren durchgeführt worden. Ein Großteil der Anregungen der Kommunen beziehe sich dem Grunde nach darauf, dass die von den Busunternehmen vorgebrachten Befürchtungen ernst genommen und deren Belange bei der Linienbündelung sowie bei zukünftigen Vergabeverfahren berücksichtigt würden. Auch sei darum gebeten worden, die Übergangsfrist der EU-Verordnung auszunutzen und die Unternehmen in das weitere Verfahren mit einzubinden. Diesen Forderungen sei die Kreisverwaltung nachgekommen.

Der Erhalt der mittelständischen Busunternehmerstruktur sei ein zentrales Anliegen der Bündelungskonzeption. Die Bündel seien so geschnitten, dass die Betriebsleistungen unter 1 Mio. Kilometer im Jahr liegen. Zudem seien die Bündel 4 und 5 so modifiziert worden, dass für ein weiteres Bündel die Option einer Direktvergabe ohne wettbewerbliches Verfahren nach der EU-Verordnung eröffnet werde. Die Zahl der Bündel, die bei wirtschaftlichen Angeboten direkt an mittelständische Unternehmen vergeben werden könnten, steige damit von 7 auf 8 Bündel. Um keine bestehenden Synergien zu zerstören, sei bei der Bündelabgrenzung auf bestehende Kooperationen geachtet worden. Mit der Integration weiterer Linien in die BK-Bus-Teilnetze sollen zusätzliche Synergien entstehen. Daher seien die Harmonisierungszeitpunkte der Bündel 9, 10 und 11 angeglichen worden. Dadurch werde die Option eröffnet, die Bündel mit BK-Bus-Linien zum selben Zeitpunkt vergeben zu können.

Die vorliegende überarbeitete Linienbündelungskonzeption sei den im Kreisgebiet tätigen Busunternehmen am 30.10.2009 vorgestellt worden. Die anwesenden Unternehmensvertreter hätten keine weiteren Änderungswünsche oder sonstigen Bedenken geäußert. Am 30.11.2009 habe der

Umwelt- und Verkehrsausschuss seine Zustimmung erteilt.

Ohne Aussprache beschließt der Kreistag einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die im Umwelt- und Verkehrsausschuss am 23.03.2009 eingebrachte Linienbündelungskonzeption wird als Annex zum Nahverkehrsplan entsprechend dem der Drucksache 122/2009 beigefügten überarbeiteten Entwurf beschlossen.

Auszüge:

1 GB Verkehr

1 Dez. 3

Öffentlich

§ 4

Verschiedenes

1. Landrat Fuchs nimmt Stellung zu den Beschwerden eines Anliegers der Baustelle für den Krankenhausneubau in Winnenden, der sich per E-mail an die Kreistagsmitglieder gewandt habe. Dieser habe darin seinen Unmut darüber geäußert, dass an seinem Gebäude Schäden festgestellt worden seien. Landrat Fuchs verweist hierzu auf die schriftliche Stellungnahme, die den Mitgliedern des Kreistags am 11.12.2009 übersandt worden sei.

Landrat Fuchs führt aus, es sei bekannt, dass Großbaustellen in der Tiefbauphase mit Risiken verbunden seien. Man sei bemüht, sämtliche Belastungen für die Nachbarschaft sowie mögliche Schäden zu minimieren. Die Anwohner würden laufend informiert und es stünden Ansprechpartner zur Verfügung. Für festgestellte Schäden werde ein Beweissicherungsverfahren durchgeführt. Alle durch die Baustelle entstandenen Schäden würden beseitigt.

Geschäftsführer Winter, Rems-Murr-Kliniken, berichtet, dass nah an bebauten Grundstücken gegraben werden müsse, was mit Risiken verbunden sei und auch zu Schäden führen könne. Das Beweissicherungsverfahren werde durchgeführt, damit am Ende einer Baumaßnahme die Schäden ermittelt werden könnten, die ersetzt würden.

Kreisrat Bauer berichtet, die Bürgerinitiative Pro Krankenhaus (BI) habe zur Überprüfung des hydrogeologischen Gutachtens für das Neubauprojekt ein Ingenieurbüro beauftragt. Dieses bemängelte mit Schreiben vom 12.11.2009, dass seine Einwendungen bis jetzt nicht ausgeräumt seien. Es sei also noch mit erheblichen Unwägbarkeiten bezüglich der Gründung und der Standfestigkeit zu rechnen. Er wolle wissen, ob die Gründungsarbeiten unterbrochen worden seien. Kreisräten sei vermittelt worden, dass das von BI beauftragte Büro mit den Ausführungen des Gutachters des Landkreises einig sei, was sich nicht bestätigt habe. Damit sich die Kreistagsmitglieder ein Bild über die Zerstörung der Gebäude der Angrenzer machen könnten, beantrage er einen zeitnahen Ortstermin zur Besichtigung des Bauvorhabens und der Schäden der Angrenzergebäude. Kreisrat Bauer zitiert außerdem ein Schreiben einer Krankenhausmitarbeiterin, in dem die derzeitige Situation an der Rems-Murr-Klinik Backnang kritisiert werde.

Landrat Fuchs bittet darum, dass Schreiben der Mitarbeiterin, wenn gewünscht auch anonymisiert, zu übergeben, damit eine Beantwortung erfolgen oder ein Gespräch mit der Geschäftsführung vereinbart werden könne.

Das Schreiben des Ingenieurbüros zum hydrogeologische Gutachten sei zur Beantwortung weitergegeben worden. Kreisrat Bauer erhalte eine Mehrfertigung. Etwaige Schäden an den Nachbargebäuden der Krankenhaus-Baustelle würden beseitigt.

2. Der zweite stellvertretende Vorsitzende des Kreistags, Kreisrat Völker, bedankt sich namens des Kreistags bei Kreiskämmerer Karsten, anlässlich seiner Verabschiedung in den Ruhestand, für seine 29jährige, erfolgreiche Tätigkeit für den Rems-Murr-Kreis.

Kreiskämmerer Karsten verabschiedet sich von den Mitgliedern des Kreistags und bedankt sich für das in ihn gesetzte Vertrauen.

3. Kreisrat Völker spricht Landrat Fuchs sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre im Jahr 2009 geleistete Arbeit seinen Dank aus. Den Fraktionen wünsche er eine weiterhin gute Zusammenarbeit und eine lebendigere Diskussionskultur. Er wünsche erholsame Feiertage, Gesundheit und Zuversicht im neuen Jahr.

Auszüge:

3 Rems-Murr-Kliniken

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Johannes Fuchs

Thomas Hasert